

Bayern plant erneut umstrittene Wolfsverordnung - Klage steht bevor

Bayern will trotz Kritik die umstrittene Wolfsverordnung erneut in Kraft setzen. Naturschützer planen schon die nächste Klage.

Die Diskussion um die bayerische Wolfsverordnung spitzt sich erneut zu. Die Staatsregierung beabsichtigt, eine unveränderte Version der Verordnung wieder in Kraft zu setzen, obwohl sie bereits aufgrund eines Formfehlers vor Gericht scheiterte. Zahlreiche Naturschutzverbände haben erhebliche Bedenken gegen den Inhalt dieser Verordnung geäußert.

Dringlichkeit der Klärung: Naturschutzverbände gehen auf die Barrikaden

Richard Mergner, Vorsitzender des Bund Naturschutz (BN) in Bayern, erklärte, dass sein Verband gezwungen sei, erneut Klage einzureichen, sobald die neue Verordnung in Kraft trete. „Wir sehen keine inhaltlichen Änderungen. Die Verordnung ist in ihrer Substanz identisch“, so Mergner. Dies führt zu einem Besorgnis erregenden Zeitpunkt, da die Frist für Stellungnahmen am 20. September endet. Bis zu diesem Datum ist mit keiner weiteren Handlung zu rechnen.

Ein Blick auf rechtliche Bedenken und Folgen

Die Bedeutung dieser Debatte wird durch ein Gutachten des

Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags verstärkt, das die bayerische Verordnung als rechtlich nicht haltbar einstuft. Für viele Experten bleibt unklar, ob Wölfe, die möglicherweise Schäden an landwirtschaftlichen Tieren verursachen, aus rein wirtschaftlichen Gründen getötet werden dürfen.

Die Notwendigkeit einer verantwortungsvollen Politik

Mergner hebt hervor, dass die Regierung durch ihre Entscheidungen nicht nur wichtige Steuermittel verschwendet, sondern auch das Vertrauen der Weidetierhalter gefährdet. „Es ist wichtig, die Sorgen der Landwirte ernst zu nehmen und in eine rechtlich abgesicherte Lösung zu investieren, anstatt unnötige Gerichtsprozesse zu führen“, so seine Forderung an die Staatsregierung.

Mangelnde Anwendung der Verordnung in der Praxis

Die bayerische Wolfsverordnung, die theoretisch eine Möglichkeit für den Abschuss von Wölfen zwischen Mai 2023 und Juli 2024 bietet, wurde in der Praxis nie umgesetzt. Diese Regelung sieht vor, dass ein Abschuss nur unter bestimmten Bedingungen erfolgen darf. Dazu gehört, dass sich Wölfe einer bestimmten Distanz zu Menschen oder geschützten Tieren nähern müssen.

Umweltbewusstsein und die Rückkehr des Wolfs

Die Diskussion um den Wolf in Bayern zeigt ein größeres Phänomen im Land: das Spannungsfeld zwischen Arten- und Naturschutz sowie den Bedürfnissen der Landwirtschaft. In zehn Regionen des Freistaates leben derzeit Wölfe. Dabei bleibt die Debatte über den rechtmäßigen Umgang mit diesen Tieren und

die von ihnen verursachten Schäden von zentraler Bedeutung für das zukünftige Zusammenleben von Mensch und Tier.

Die Regierung steht vor der Herausforderung, sowohl den Naturschutz als auch die Interessen der Landwirtschaft zu berücksichtigen. Der Verlauf dieser politischen Auseinandersetzung könnte nicht nur Folgen für den Wolf, sondern auch für die gesamte Naturverwaltung und die damit verbundenen Konflikte in der Gesellschaft haben.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de